

Pressemitteilung 01/2021

München, 07.01.2021

Armutszugnis für Bayerns Schulpolitik

Brandl: Kultusminister ist komplett überfordert

Bayerns Gemeinden, Märkte und Städte sind bitter enttäuscht vom miserablen Krisenmanagement des Kultusministeriums. Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl: „Seit Jahren fordern wir eine schlüssige und robuste Digitalisierungsstrategie von der Bayerischen Staatsregierung. Jetzt, in der Corona-Krise zeigt sich, dass das Kultusministerium weit davon entfernt ist, den Schülerinnen und Schülern funktionierende digitale Angebote in der Krise zu machen. Geradezu unerträglich ist es, dass Bayerns Kultusminister Piazzolo nun verzweifelt bittet, die digitale Lernplattform MEBIS nur im Viertelstundentakt aufzurufen und möglichst nur in geringem Umfang zu nutzen. Das ist eine Bankrotterklärung des Kultusministers. So kann das nicht weitergehen!“

Brandl wies darauf hin, dass die Gemeinden und Städte als Sachaufwandsträger der Schulen seit Jahren größte Anstrengungen unternehmen, die Schulen für das digitale Zeitalter fit zu machen. „Laptops wurden gekauft, Whiteboards installiert, auch schmerzhaft Kompromisse bei den EDV-Administratoren und bei den Lehrerdienstgeräten haben wir akzeptiert – aber das Kultusministerium schafft es nicht, das Ganze mit Leben zu füllen. Die Lehrkräfte sind demotiviert, es fehlt ein schlüssiges Gesamtkonzept für den sinnvollen Gebrauch der beschafften Hardware und jetzt zeigt sich auch noch, dass das Ministerium es nicht schafft, den digitalen Unterricht zu Hause zu ermöglichen. Was ist nur aus dem Anspruch geworden, Bayern sei das Land von Laptop und Lederhose?“

Für Rückfragen steht Ihnen gerne zur Verfügung:

Wilfried Schober, Pressesprecher des Bayerischen Gemeindetags,
Tel 089 360009 - 30, E-Mail: wilfried.schober@bay-gemeindetag.de
Homepage: www.bay-gemeindetag.de

Der Bayerische Gemeindetag

ist der Sprecher von 2.031 kreisangehörigen Gemeinden, Märkten und Städten. Gegenüber dem Bayerischen Landtag, der Bayerischen Staatsregierung und anderen Institutionen vertritt er kraft Verfassung die kommunalen Interessen. Der Verband berät seine Mitglieder umfassend und ist über den Deutschen Städte- und Gemeindebund auf der Bundesebene sowie über das Europabüro der bayerischen Kommunen in Brüssel präsent.

